

Demokratisierung der Reichsverfassung, Oktober 1918

Die Parlamentarisierung des Reiches, die sogenannte Oktoberverfassung, beruht auf einer Änderung des Artikels 15 der Reichsverfassung von 1871, die den Reichskanzler an das Vertrauen des Reichstags band und seine Verantwortlichkeit gegenüber dem Reichstag festlegte. Diese Änderung wurde vom Reichstag mit Reichsgesetz vom 28. Oktober 1918 angenommen. Sie entsprang indessen der Forderung, die Generalquartiermeister Ludendorff seit Ende September 1918 erhoben hatte und die schon Anfang Oktober die Voraussetzung für die Berufung des Prinzen Max von Baden zum Reichskanzler war. Die Gründe für die Einführung der parlamentarischen Monarchie sind also bereits im September 1918 zu suchen.

Unmittelbar verantwortlich für diese Einbeziehung des Reichstags in die politische Verantwortung ist das Eingeständnis der militärischen Niederlage seitens der Heeresleitung, hervorgerufen durch den Zusammenbruch Bulgariens und des Osmanischen Reiches und durch das Friedensangebot Österreich-Ungarns am 14. September. Seit dem 20. August befanden sich auch die deutschen Truppen an der Westfront auf dem Rückzug. Diese Niederlage forderte die Bitte um Waffenstillstand heraus, vor allem an die Adresse des amerikanischen Präsidenten Wilson. Dieser Waffenstillstand, und darüber hinaus ein ehrenvoller Friede, war für Wilson aber nur möglich, wenn die Regierung, die ihn abschloss, vom Willen des Volkes getragen sei. Die Schaffung einer parlamentarischen Grundlage im Deutschen Reich war also Voraussetzung für alle weiteren Schritte.

Darüber hinaus eröffnete sich für Ludendorff und den Generalstab mit diesem Einrücken des Reichstags in die politische Verantwortung die Möglichkeit, dem Reichstag und den Parteien auch die Verantwortung für den Krieg mitsamt der unausweichlichen Niederlage zuzuschieben. Wilhelm II. nahm dies schon am 29. September mit den Worten "Unsere Politiker haben erbärmlich versagt!" vorweg. Das ist der Ursprung der später so genannten Dolchstoßlegende. Weiterhin - dies als dritten Punkt der Perspektive für die Zukunft - konnte damit das kaiserliche Heer aus den erwarteten revolutionären Umwälzungen herausgehalten, in seiner traditionellen inneren Struktur weitergeführt und für die beabsichtigte Neuauflage des Ringens um die Weltmacht bereitgehalten werden. Das aber ist mit ein Punkt, der zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs gehört.

Die Reichstagsparteien selbst waren von dieser Entwicklung überrascht und hatten weder ein Konzept für die politische Bewältigung der Krise noch eines für den Ausbau ihrer von "oben" dekretierten Machtstellung. Ausdruck dieser Tatsache ist das Zusammentreffen von Verhandlungen über die Person des neuen Kanzlers und den Informationen über die wahre militärische Lage, ist auch die Zurückhaltung des Reichstags und der Parteien aus den Ereignissen des Oktober 1918.

Die Bedeutung für die Demokratie der Weimarer Republik liegt zunächst einmal unmittelbar im anfänglichen Festhalten Eberts an der Verfassung der Parlamentarischen Monarchie, von der er sich aber dann wieder entfernte, um im Kompromiss mit der USPD die Arbeiterbewegung als Ganzes als Basis der neuen Republik zu gewinnen. Wichtiger ist aber der vollständige Rückzug der Militärs aus der politischen Verantwortung für die Niederlage, die ihren Ausdruck darin fand, dass der Waffenstillstand am 11. November 1918 ausschließlich von bürgerlichen Politikern unterzeichnet wurde. Dieser Rückzug ermöglichte dann den Angriff von rechts auf die demokratischen Kräfte, indem die übernommene politische

Verantwortung in eine faktische Verantwortung für die Kapitulation des Heeres umgemünzt wurde: Das Heer selbst sei im Felde unbesiegt geblieben, die Revolution in der Heimat sei dem Heer in den Rücken gefallen. Der Begriff des Dolchstoßes wurde dabei von Hindenburg im November 1919 vordem parlamentarischen Untersuchungsausschuss in die politische Diskussion eingeführt (siehe Abitur 1985 im Grundkurs). Diese Dolchstoßlegende behält ihre politische Kraft während der ganzen Zeit der Weimarer Republik, der Angriff der Rechten gegen die Demokratie gipfelt zunächst in der Ermordung Matthias Erzbergers und Walther Rathenaus.

Positiv gesehen ist die Oktoberverfassung eine der drei Wurzeln des demokratischen Systems der Weimarer Republik. Die erste liegt in der Bismarckschen Verfassung, die den Parteien nur eine begrenzte Mitwirkung am politischen Leben ermöglichte und damit die Bereitschaft zur Übernahme politischer Verantwortung eher lähmte (was auch dazu führte, dass der Friedensinitiative von 1917 nichts Konkretes mehr folgte), die letzte in der Revolution vom November 1918 und der Diskussion um Räte-System oder parlamentarische Demokratie.